Die Einwendungen werden dem Antragsteller bekanntgegeben. Es wird darauf hingewiesen, daß auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift vor einer Bekanntgabe an den Antragsteller und den im Verfahren beteiligten Behörden unkenntlich gemacht werden kann, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden am 08. 02. 1996 um 15.00 Uhr im Sitzungssaal des Kreisamtes in Vechta mit den Einwendern und dem Antragsteller erörtert. Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich. Er dient dazu, den Einwendern die Gelegenheit zu geben, ihre Einwendungen zu erläutern. Die Einwendungen werden auch dann erörtert, wenn der Antragsteller und die Personen, die die Einwendungen erhoben haben, zu diesem Erörterungstermin nicht erscheinen.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann.

Kreis Vechta

Oberkreisdirektor
im Auftrage
Schomaker

Kreisfreie Städte

Stadt Oldenburg

Betriebsatzung für den Abfallwirtschaftsbetrieb Stadt Oldenburg

Aufgrund der §§ 6 und 113 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Stadt Oldenburg (Oldb) in seiner Sitzung am 18. 09. 1995 folgende Betriebsatzung beschlossen:

§ 1

Eigenbetrieb, Name, Stammkapital

- (1) Die Abfallwirtschaft der Stadt Oldenburg (Oldb) wird als organisatorisch, verwaltungsmäßig und finanzwirtschaftlich gesondertes wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetrieb) der Stadt Oldenburg (Oldb) geführt.
- (2) Der Eigenbetrieb führt den Namen „**Abfallwirtschaftsbetrieb Stadt Oldenburg**“.
- (3) Das Stammkapital des Eigenbetriebes beträgt mindestens 10 000 000 DM.

§ 2

Gegenstand des Eigenbetriebes

- (1) Die Abfallwirtschaft der Stadt Oldenburg (Oldb) wird als Eigenbetrieb auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieser Betriebsatzung geführt.
- (2) Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Sammlung, der Transport, die Sortierung, die Behandlung und die Verwertung von Abfällen und Wertstoffen, die Ablagerung von Abfällen (Deponierung), sowie die Durchführung weiterer abfallwirtschaftlicher

Aufgaben für das Gebiet der Stadt Oldenburg (Oldb) auf der Grundlage der jeweils geltenden abfallrechtlichen und sonstigen rechtlichen Bestimmungen.

- (3) Dem Eigenbetrieb wird außerdem die Straßenreinigung übertragen.

§ 3

Werksleitung

- (1) Zur Leitung des Eigenbetriebes wird durch den Oberstadtdirektor eine Werksleiterin oder ein Werksleiter bestellt.
- (2) Die Werksleitung leitet den Eigenbetrieb selbständig und führt dessen laufende Geschäfte. Dazu gehören insbesondere:
 1. wirtschaftliche Führung,
 2. Maßnahmen im Bereich der Ablauforganisation,
 3. Festlegung der inneren Organisation des Eigenbetriebes,
 4. innerbetrieblicher Personaleinsatz
 5. personalrechtliche und personalwirtschaftliche Maßnahmen, soweit sie der Werksleitung vom Oberstadtdirektor übertragen worden sind,
 6. Abschluß von Verträgen und Vergabe von Aufträgen, soweit nicht der Werksausschuß zuständig ist,
 7. Entscheidung über Mehrausgaben für Einzelvorhaben gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) bis zu 10 %, maximal jedoch nicht mehr als 30 000 DM.

§ 4

Werksausschuß

- (1) Der Rat bildet nach § 113 NGO in Verbindung mit § 5 der EigBetrVO und § 110 des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes einen Werksausschuß. Für die Bildung und das Verfahren des Werksausschusses geltend die Vorschriften der §§ 51 - 53 NGO sowie die Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuß und die Ratsausschüsse der Stadt Oldenburg (Oldb).
- (2) Der Werksausschuß besteht aus 6 vom Rat gewählten Mitgliedern und 3 Vertreterinnen oder Vertretern der Beschäftigten.
- (3) Der Werksausschuß entscheidet über:
 1. Verfügungen und Rechtsgeschäfte im Rahmen des Wirtschaftsplanes, die folgende Wertgrenzen (Nettorechnungsbeträge) überschreiten:
 - a) 300 000 DM bei Verträgen über Lieferungen und Leistungen einschl. Bauleistungen,
 - b) 30 000 DM bei Planungsaufträgen,
 - c) 50 000 DM bei Verfügungen über Betriebsvermögen,
 - d) 50 000 DM beim Abschluß von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen (Jahresbeträge),
 - e) 10 000 DM bei der Niederschlagung, dem Erlaß oder der Stundung von Forderungen sowie dem Abschluß eines außergerichtlichen Vergleichs.
 2. den Vorschlag an den Rat, den Jahresabschluß und den Lagebericht festzustellen und über die Behandlung des Ergebnisses zu entscheiden.